

Oliver Georgi

# Und täglich grüßt das Phrasenschwein

Warum Politiker keinen Klartext  
reden - und wieso  
das auch an uns liegt



**DUDEN**

klings: Es suggeriert selbst da objektive Distanz, wo es keine gibt.

In der Praxis haben Politiker und Politikerinnen diese Illusion schon so oft mutwillig selbst zerstört, dass »schonungslose Aufklärung« zu einer leeren Phrase verkommen ist. Sie wird zwar längst auch von den Medien und im allgemeinen Sprachgebrauch als Standardfloskel verwendet, doch mittlerweile dürften viele darunter eher das Gegenteil verstehen: Wo etwas »schonungslos« getan werden soll, sind oft gerade nicht größtmögliche Ehrlichkeit und erbarmungslose Selbstkritik zu erwarten, sondern: nichts. Selbst dann nicht, wenn es durch eine herbe Wahlniederlage offensichtlich ist, dass in der Vergangenheit einiges schiefgelaufen ist, das es nun zu korrigieren gilt. Auch Angela Merkel ist eine große Meisterin in der Kunst, mit gebeugtem Haupt größtmögliche Ehrlichkeit bei der Suche nach den Fehlern der Vergangenheit zu versprechen, das Ganze danach aber mit nicht minder großer Nonchalance im Sand verlaufen zu lassen. Gerade bei ihr hat das eine lange Geschichte, was seit dem Beginn ihrer Karriere als CDU-Parteivorsitzende bei vielen in der Union für einen immer bohrenderen Unmut gesorgt hat, der sich danach mit jeder Wahlschlappe noch gesteigert hat. Schon als Merkel bei der Bundestagswahl 2005 trotz eines lange Zeit großen Vorsprungs im Wahlkampf zur großen Überraschung nur hauchdünn gegen Amtsinhaber Gerhard Schröder (SPD) gewann, war das Maulen in der CDU über die neue Parteivorsitzende groß, die sich erst wenige Jahre zuvor kaltschnäuzig von Helmut Kohl, dem langjährigen Übervater der Partei, emanzipiert hatte. Also versprach Merkel ihrer Partei, noch sichtlich angeschlagen von Schröders Aufholjagd, eine eingehende Analyse der Niederlage und spielte ansonsten auf Zeit. Mit Erfolg: Kurz darauf musste Schröder einsehen, dass seine vollmundige Ankündigung in der »Elefantenrunde« am Wahlabend, er werde Bundeskanzler bleiben, nicht mehr umzusetzen war. Merkel schloss eine Große Koalition ohne Schröder (was eine Bedingung der Union gewesen war), wurde die erste deutsche Bundeskanzlerin – und über eine Aufarbeitung der Wahlniederlage sprach plötzlich kein Mensch mehr. Auch die zahlreichen Merkel-Kritiker in der Union, die damals noch bezweifelten, dass eine Pfarrerstochter aus der Uckermark das Format und den Machtinstinkt für Kanzlerschaft und Parteivorsitz haben könne, schluckten ihren Ärger angesichts des Erfolgs der neuen Kanzlerin vorerst hinunter.

Auch bei vielen späteren schlechten Wahlergebnissen folgte Merkel

diesem bewährten Muster: Vage andeuten, dass womöglich etwas schiefgelaufen ist (aber nur, wenn es sich wirklich nicht mehr vermeiden lässt), notfalls eine »ehrliche« oder gar »schonungslose« Debatte ankündigen und dann auf die Vergesslichkeit der Öffentlichkeit zählen – und auf das Machtkalkül ihrer Partei. Denn das ist schließlich der Hauptgrund dafür, warum Politiker mit großen Phrasen und kleinen Folgen so oft »durchkommen«: Vom Wahlvolk (und mitunter auch der eigenen Partei) müssen sie in der Regel so lange keine Konsequenzen erwarten, wie sie ein Garant für Wahlsiege und also, um mit Merkel zu sprechen, »alternativlos« sind. Man kann es vielleicht ein bisschen mit der Erziehung eines Kindes vergleichen: Wenn keine direkte Konsequenz folgt (wie im Fall Merkels 2005 etwa eine parteiinterne »Revolte«, die die Parteivorsitzende zu einer wirklich »schonungslosen« Aufarbeitung der Niederlage gezwungen hätte), muss sich ein Politiker seine folgenlosen Phrasen nicht abgewöhnen. In der Folge verpuffen sie und werden mit jedem Mal noch ein wenig hohler. Dem politischen Diskurs erweisen die Volksvertreter mit diesem immer stumpferen Vokabular aber einen Bärendienst, weil sie ihn inhaltlich immer mehr entkernen.

Dieses Phänomen lässt sich auch an einer weiteren Phrase verdeutlichen, die Politiker und Politikerinnen mindestens ebenso lieben wie »schonungslos«, wenn es um das Thema Ehrlichkeit geht: die »Hausaufgaben«. Kaum ein Volksvertreter, der, angesprochen auf eine Wahlniederlage, eine Krise in seiner Partei oder ein dringend zu klärendes Sachthema, nicht schon reumütig in ein Mikrofon gesagt hätte, man müsse und werde jetzt dringend seine »Hausaufgaben machen«. Die Botschaft hinter der Phrase, die sich im Deutschen vom Fußballer bis zum Vorstandsvorsitzenden generell immer größerer Beliebtheit erfreut, ist klar: Wir haben verstanden, da ist etwas liegen geblieben, aber jetzt kümmern wir uns darum. Wie »schonungslos« ist auch der Begriff »Hausaufgaben machen« äußerst praktisch für Politiker: Er suggeriert nicht nur Ehrlichkeit in der Analyse eigener Versäumnisse, sondern auch Tatkraft, ist aber zugleich schwammig genug, dass man kaum dafür zur Rechenschaft gezogen werden kann. Zudem erweckt er den Eindruck, es gehe gerade nicht um grundlegende Probleme wie die Zukunft der Partei oder gar des Landes, sondern lediglich um eine lästige, aber unvermeidliche Pflichterfüllung in der Schule. Durch diese Verniedlichung machen sich die Politiker mit ihren

Wählern gemein: Haben die meisten von uns die Hausaufgaben nicht selbst schon einmal geschwänzt? Wer selbst im Glashaus sitzt, der soll bitte schön auch bei seinen Volksvertretern Nachsicht walten lassen – und wenn die ihre »Hausaufgaben« doch mal wieder vergessen, dann wird die Welt – wie in der Schule – deshalb schon nicht gleich untergehen.

Wieder ist es die Kanzlerin, die Großmeisterin der »alternativlosen« Worthülse, die eindrucksvoll die gewinnbringende Umsetzung der Floskel in die Praxis belegt. Nach der Bundestagswahl 2017, bei der die CDU mit 32,9 Prozent das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt hatte, wurde die Kritik an Merkel in der Union immer vehementer. Viele nicht nur in der CSU lasteten das historisch schlechte Ergebnis ausschließlich Merkel und ihrer Flüchtlingspolitik an. Aus München, wo die CSU mit 38,8 Prozent der Stimmen ebenfalls ihr bislang schlechtestes Ergebnis erreicht hatte, wurden abermals Forderungen laut, die Wahlniederlage jetzt »schonungslos« (!) aufzuarbeiten. Und was tat Merkel? Am Tag nach der Wahl verkündete sie im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin, die CDU habe ihre »strategischen Ziele erreicht«. Im Übrigen könne sie, Merkel, »nicht erkennen, was wir hätten anders machen müssen«. War da was? Erst auf Nachfrage schob die Kanzlerin, sichtlich genervt, hinterher, ja, sie übernehme die Verantwortung für die Niederlage, »in Gottes Namen«. Trotzdem rieben sich die Hauptstadtjournalisten ungläubig die Augen – und die Presse für Merkel war verheerend. »Realitätsverlust«, »Paralleluniversum«, »unbelehrbar« – eine Kanzlerin verliere im Spätherbst ihrer Karriere den Kontakt zum Boden, schrieben viele. Merkel musste reagieren. Zwei Tage später, bei einer Wahlveranstaltung vor der anstehenden Landtagswahl in Niedersachsen in Hildesheim, gestand sie öffentlich ein, es sei »klar, dass wir eine ganze Reihe von Hausaufgaben haben«. Da war sie wieder, die Phrase: Mit ihrer Hilfe konnte Merkel mit größtmöglicher Vagheit einen Hauch von Zweifel andeuten – und die Lesart in der Berichterstattung der Medien war gesetzt: »Merkel gesteht Versäumnisse ein«, schrieb etwa *Welt Online*.

Doch das Fatale daran ist, dass Politikerinnen und Politiker mit solchen allgemeinen Phrasen nur den Ritualen der Berliner Blase aus Politik und Medien genügen. Der Eindruck, den sie damit bei den Wählern hinterlassen, ist aber verheerend. Denn denen ist längst klar, dass Begriffe wie »schonungslos« oder »seine Hausaufgaben machen« kaum noch mehr als leere, folgenlose Beschwichtigungsformeln sind. Viele Medien tragen an

diesem fatalen Kreislauf eine gehörige Mitschuld. Trotz der offenkundigen floskelhaften Entleerung der Begriffe verbreiten sie diese in der Berichterstattung nicht nur weiter, sondern deuten sie allzu oft auch noch im Sinne der Politiker. Hatte Merkel wirklich »Versäumnisse eingestanden«, als sie davon sprach, man müsse jetzt seine »Hausaufgaben« machen? War das tatsächlich der Beginn einer konkreten Aufarbeitung der Gründe für ein desaströses Wahlergebnis, das die Bezeichnung »ehrlich« verdient hätte? Nein, natürlich nicht. Trotzdem setzten viele Medien mit ihren Schlagzeilen den Ton im Sinne der Kanzlerin.

Kann man das den Medien vorwerfen? Ja – und nein. Zur DNA der öffentlichen Inszenierung von Politik gehört es schließlich von jeher, dass Politiker und Politikerinnen nach einer Niederlage »in aller Deutlichkeit« davon reden, »schonungslos« aufklären und »ihre Hausaufgaben machen« zu wollen. Sie tun es, weil sie sich aus der Affäre ziehen wollen, das haben wir gelernt, aber nicht nur: Sie tun es auch, weil sie zu Recht davon überzeugt sind, dass es von ihnen erwartet wird und die Öffentlichkeit es ihnen als abgehobene Chuzpe auslegen würde, wenn sie sich in der ersten Stellungnahme nach einer Wahlschlappe nicht zerknirscht und maximal schuldbewusst geben. Doch damit kommt ein fataler Mechanismus in Gang: Die Politiker kündigen Aufarbeitung an, woraus viele Medien, auf der ständigen Suche nach neuen aufmerksamkeitssträchtigen Konflikten im immer hektischeren Nachrichtengeschäft, Schlagzeilen mit Begriffen wie »Fehler eingestanden« oder »Konsequenzen angekündigt« generieren. Weil die damit geweckten Erwartungen von den Politikern aber oft nicht eingelöst werden, die das vielleicht gar nicht im Sinn hatten, sondern mit ihren Äußerungen nur das beschriebene Ritual bedient haben, machen die Wählerinnen und Wähler eine weitere Enttäuschungserfahrung. Diese entfremdet sie wieder ein Stückchen mehr von der Politik oder treibt sie gar in die Arme der Populisten, die vorgeben, alles anders als die »etablierten« Parteien machen zu wollen. Doch es gibt kein Entkommen. Politiker, Journalisten und auch wir, die Wähler, sind, durch lange Jahre im Phrasendschubel längst auf den Austausch leerer Floskeln konditioniert, in der »Ritualspirale« gefangen. Beim nächsten Mal bemühen die Politiker wieder dieselben Floskeln, von denen sie glauben, dass ihre Wähler sie hören wollen, über die die Medien berichten und die wieder weitgehend folgenlos bleiben – und die Entfremdung zwischen den Politikern und ihren

Wählern setzt sich fort. Für die Glaubwürdigkeit von Politikern ist das fatal: Sie verspielen bei ihren Wählern damit ebenjenen Eindruck, den zu erzeugen für sie doch mit am wichtigsten ist: den der Ehrlichkeit.

Wie ambivalent das Verhältnis von Politikern und Politikerinnen zum Begriff »Ehrlichkeit« schon immer war und weiterhin ist, hat keiner – wengleich unfreiwillig – schöner auf den Punkt gebracht als Franz Müntefering, der langjährige SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende und spätere Arbeitsminister und Vizekanzler in der ersten Großen Koalition unter Angela Merkel. Müntefering wird die Prägung des Begriffs »sich ehrlich machen« zugeschrieben, den er schon auf dem SPD-Parteitag in Hamburg 2004 mit Blick auf die Notwendigkeit des Agenda-Kurses des damaligen Kanzlers Gerhard Schröder verwendete. 2009 sprach sich Müntefering in der *Rheinischen Post* für den »ehrlichsten Wahlkampf in der Geschichte der Republik« aus und kritisierte Forderungen nach Steuersenkungen scharf. »Frau Merkel muss klipp und klar sagen, dass eine große Steuersenkungsreform nicht geht. Sie sollte sich ehrlich machen, und zwar bald«, sagte Müntefering.<sup>1</sup> Seither taucht der Begriff als politische Floskel im Parlament und in den Medien immer wieder auf. In seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit verwendete Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den Begriff 2017 fast ein Dutzend Mal, als er über die Flüchtlingspolitik und die Zuwanderung nach Deutschland sprach. Auch andere politische Vertreter fordern seit Müntefering mit schöner Regelmäßigkeit, dass man sich jetzt, jetzt aber nun wirklich, »ehrlich machen« müsse.

Rhetorisch wie politisch ist auch dieser Begriff hochinteressant. Mit ihm möchten Politiker verdeutlichen, dass nun endlich ein »Ruck« durch das Land gehen muss, um mit dem früheren Bundespräsidenten Roman Herzog zu sprechen. Dass es – ähnlich wie bei »schonungslos« und »Hausaufgaben machen« – Zeit für eine auch unangenehme Neubewertung der Lage ist und sie selbstverständlich dazu bereit sind, die Dinge »schonungslos« beim Namen zu nennen, auch wenn dafür große Hürden zu überwinden sind. Wenn Politiker und Politikerinnen ankündigen, sich »ehrlich zu machen«, hat das also nicht nur viel mit der Inszenierung von Verständnis zu tun, sondern auch mit der von Mut, der für sie ebenfalls ein elementarer Wert ist und auf den wir an anderer Stelle noch zu sprechen kommen werden. Gemeint ist vor allem der Mut, auch harte, unbequeme Wahrheiten